Nr. 4 | 12. November 2021 AZB / 8032 Zürich / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

73. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Zürich

ZÜRCHER FREISINN

Individualbesteuerung unterschreiben!

Gemeinsam weiterkommen.

Bilanz Legislatur-Halbzeit

Acht freisinnige Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die 2019 neu gewählt wurden, blicken auf ihre ersten beiden Jahre im Bundeshaus zurück. Welche Erwartungen haben sich erfüllt, was hat sie überrascht und was haben sie bis 2023 noch vor? Die Video-Interviews in voller Länge sind auf der Website der FDP zu sehen. Seiten 10 und 11

Jungfreisinnige ergreifen das Referendum

Die Jungfreisinnigen haben an ihrem Kongress in Locarno beschlossen, das Referendum gegen die sogenannte Lex Netflix zu ergreifen. Zusammen mit den Jungparteien von SVP und GLP wehren sich die Jungfreisinnigen gegen diese Gesetzesrevision, die völlig an den Bedürfnissen der Konsumentinnen und Konsumenten vorbeigeht. Die Referendumsfrist läuft bis am 20. Januar 2022 und Unterschriftenbögen gibt es auf www.jungfreisinnige.ch

Innovative Unternehmen

Suisse Frame stellt im Tessin Schiebeelemente für Fensterrahmen her. Der Betrieb mit elf Mitarbeitern ist stark automatisiert und beliefert Kunden in der ganzen Schweiz und im Ausland. Unter CEO Matteo Paolocci ist Suisse Frame stark gewachsen. Der Unternehmer sieht aber noch viel Potenzial für die junge Firma. Seite 20



Ja zum Covid-19-Gesetz Fraktionspräsident und Nationalrat Beat Walti zeigt auf, welche Vorteile ein Ja hat. Seite 17

Arbeitsplätze sind die Grundlage unseres Wohlstandes

Editorial von Hans-Jakob Boesch

Ohne Arbeitsplätze gibt es keinen Wohlstand und es können auch keine staatlichen Leistungen bezahlt werden. Damit wir weiterhin eine hohe Lebensqualität im Kanton Zürich geniessen können, müssen wir alles daransetzen, dass es auch in Zukunft genügend und gut bezahlte Arbeitsplätze gibt. Nebst moderaten Steuern und Abgaben braucht es für Arbeitsplätze ein modernes, liberales Arbeitsrecht, eine gesicherte Energieversorgung, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, ein exzellentes Bildungswesen und persönliche wie auch unternehmerische Freiheiten. Das ist die Basis für nachhaltigen Wohlstand und Lebensqualität im Kanton Zürich.

Für diese Rahmenbedingungen setzen wir Freisinnige uns schon seit jeher ein und wir werden auch in der Zukunft daran arbeiten. Dieser Einsatz ist auch weiterhin nötig, zeigen doch leider verschiedene Indikatoren sowie nationale und internationale Vergleiche, dass der Kanton Zürich zwar noch gut unterwegs ist, aber nicht mehr immer zu den Besten gehört. Genau hier setzen wir an. Und in den nächsten Monaten bis zu den kommunalen, kantonalen und nationalen Wahlen zeigen wir auf, in welchen Bereichen wir die Rahmenbedingungen wie verbessern wollen und wo wir bereits Erfolge



Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich

erzielen konnten. Diesen geballten Einsatz freisinnigen Engagements im ganzen Kanton Zürich und auf allen Stufen fassen wir unter der Leitidee «Daran arbeiten wir» zusammen und präsentieren sie auf einer gemeinsamen webbasierten Plattform.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3-9 Zürcher Freisinn
- 10/11 Acht Neugewählte ziehen Bilanz zur Legislatur-Halbzeit
- 12/13 Interview mit dem neuen
 Präsidenten Thierry Burkart
- 14 Jungfreisinnige lancierenReferendum
- 15 Schweizer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat
- 16 Vorschau auf die Wintersession
- 17 Beat Walti kämpft für das Covid-19-Gesetz
- 18 Gegenvorschlag schlägtPflegeinitiative
- 19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 20 Innovative Unternehmen:Suisse Frame
- 21 Gastbeitrag von Laura Bircher
- 23 Vermischtes



Ja zur Individualbesteuerung: Jetzt Initiative unterschreiben!



Liebe Freisinnige

Seit meiner Wahl zum Präsidenten der FDP Schweiz haben mich zahlreiche Glückwünsche und positive Nachrichten erreicht. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit meinem Team die FDP in die Zukunft zu führen. Auf uns wartet eine herausfordernde Aufgabe, doch wir sind überzeugt: Die Schweiz braucht einen kompetenten, einen konstruktiven, einen starken Freisinn – heute mehr denn je! Wir wollen das liberale Feuer neu entfachen und unsere Vision einer freisinnigen Gesellschaft, einer freisinnigen Wirtschaft und eines freisinnigen Staates verteidigen.

Ja zum Covid-Gesetz

Durch die Corona-Pandemie wurden viele Freiheiten eingeschränkt. Mit der Impfung verfügen wir mittlerweile über ein wirksames Instrument zur Überwindung der Krise. Bis die Impfquote hoch genug ist, hilft das Covid-Zertifikat erneute Schliessungen zu verhindern. Die FDP hat sich deshalb klar für ein Ja zum Covid-Gesetz am 28. November ausgesprochen.

Unser Rechtssystem ist ein zentraler Pfeiler des Staates. Die Justizinitiative will das bewährte System auf den Kopf stellen und Bundesrichter im Losverfahren bestimmen. Die FDP lehnt diese Initiative ab, weil unsere Justiz keine Lotterie ist und die Unabhängigkeit der Bundesrichterinnen und Bundesrichter keineswegs gefährdet ist.

Die Pflegeinitiative nimmt hingegen ein begründetes Anliegen auf, sie geht allerdings zu weit. Die FDP unterstützt deshalb den Gegenvorschlag, der die meisten Elemente der Initiative aufnimmt und

bei einem Nein automatisch in Kraft tritt. Mehr zu den Abstimmungen vom 28. November lesen Sie auf den Seiten 17, 18 und 19.

Zwei starke Initiativen

Meine Vizes und ich wollen auch die Zukunft der Schweiz mit liberalen Lösungen gestalten. Gute Beispiele sind die Renteninitiative und die Initiative für die Individualbesteuerung der FDP Frauen. Beide Volksbegehren stehen für freisinnige Grundprinzipien: die Renteninitiative für eine zukunftsgerichtete, nachhaltige und damit solide Finanzierung unserer Altersvorsorge und die Individualbesteuerungsinitiative für die freie Lebensgestaltung, ohne staatliche Benachteiligung.

Es braucht alle Freisinnige

Mein Team und ich sind motiviert und überzeugt, hervorragend miteinander zu funktionieren. Selbstverständlich gehören aber alle Mandatsträgerinnen und -träger und liberal engagierten Personen über alle Stufen – vom Parteivorstand über die Fraktion und die Kantonalparteien bis hin in die Ortsparteien – zum Team FDP. Wir sind auf jede und jeden Einzelnen von Ihnen angewiesen, wenn sich das liberale Feuer, das in uns brennt, weiter ausbreiten soll – in den Städten, auf dem Land, in allen Teilen der Gesellschaft, in sämtlichen Sprachregionen. Lasst uns gemeinsam den liberalen Aufbruch wagen!

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

FDP Winterthur

Mobilisierung lässt sich quantifizieren

Die FDP Winterthur steigt mit einer breit abgestützten und diversifizierten Liste von 60 Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkampf ums Stadtparlament.

Von pensioniert bis jungfreisinnig, geografisch und in Bezug auf die Berufe und das Geschlecht ist die Liste 3 breit abgestützt. Das ist ein grosses Reservoir an in Winterthur gut vernetzten politischen Talenten, welche es optimal zu nutzen gilt. Weil wir nur gemeinsam Erfolg haben können, müssen sich alle engagieren.

Was heisst jetzt konkret die Wählerinnen und Wähler mobilisieren? Es reicht nicht, wenn der Vorstand, die Wahlkampfgruppe oder wer auch immer die Arbeit macht. Viel wichtiger ist, dass alle 60 Kandidierenden ihr Umfeld überzeugen, am 13. Februar 2022 mehr Parteilisten einzuwerfen als bisher. Gehen wir von rund 40% aller Winterthurer Stimmberechtigen aus, die an die Urne gehen, werden etwa 27000 Parteilisten eingeworfen. 2018 hatte die FDP Winterthur einen Wähleranteil von 13% bei total 215 383 erreichten Stimmen, was pro Kandidatin bzw. pro Kandidat im Durchschnitt 3590 Stimmen ausmacht. Unveränderte Listen wurden 1691 eingelegt, viel mehr aber veränderte. Am Ende resultierten 8 Sitze, einer mehr als 2014.

Setzen wir uns nun zum Ziel, 1000 unveränderte Listen mehr zu gewinnen, entspricht das bei gleichbleibender Wahlbeteiligung einem Wähleranteil



Dieter Kläy

von rund 17%, was zu zusätzlich einem oder zwei Sitzen führt. Was auf den ersten Blick nach einer hohen Hürde aussieht, lässt sich relativ einfach auf 60 Kandidierende herunterbrechen. Jeder Kandidat, jede Kandidatin überzeugt 17 neue, wahlberechtigte Personen, eine FDP-Liste in die Urne zu werfen. Bis zu den Wahlen verbleiben rund 15 Wochen, was im Durchschnitt bedeutet, pro Kandidat oder Kandidatin eine bis zwei Personen pro Woche neu für die FDP zu überzeugen. Mit dem breiten Umfeld der Kandidierenden und der Überzeugungsarbeit von rund 500 FDP-Mitgliedern sowie guten Argumenten sollte das möglich sein. Die gleichen Überlegungen lassen sich mit anderen Zahlenverhältnissen für die 12 anderen Gemeindeparlamente im Kanton anstellen. Messbare Ziele lassen sich besser erreichen als abstrakte.

Dieter Kläy

Kantonsrat, Präsident FDP Winterthur

AGENDA

30. November 2021 19.00 Uhr: a.o. Delegiertenversammlung

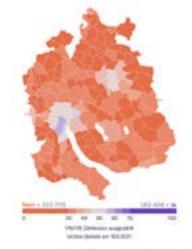
Stiftung zum Glockenhaus

Besuchen Sie den digitalen «Zürcher Freisinn» unter www.fdpzh-freisinn.ch oder schauen Sie gleich hier rein!
Die digitale Ausgabe des «Zürcher Freisinn», ist keine 1:1 Kopie der gedruckten Version, sondern bildet zusätzliche Inhalte ab.
Auch ein wenig Spiel und Spass sollen in der Politik ihren Platz finden. Erkunden Sie das Politlexikon und überprüfen Sie ihr Wissen dann gleich im Politquiz!
Viel Erfolg!

Hier geht es zum digitalen «Zürcher Freisinn»

Fortsetzung von Seite 1

Ansprechen wollen wir dabei vor allem unsere Sympathisantinnen und Sympathisanten, also all jene, die sich grundsätzlich vorstellen könnten, FDP zu wählen. Denn sie müssen wir vor allem von unseren Ideen und unseren Erfolgen überzeugen und so für kommende Abstimmungen und Wahlen mobilisieren. Statt flächendeckender Plakatkampagnen, welche mit einem grossen Streuverlust einhergehen, fokussieren wir mit unseren Wahl- und Abstimmungskampagnen gezielter auf unsere Sympathisantinnen und Sympathisanten. Hierbei bedienen wir uns vor allem der klassischen sowie der sozialen Medien. Damit unser Einsatz nachhaltig ist und über die Wahlen 2023 von Nutzen ist, wollen wir dabei unsere Sympathisantinnen und



Abstimmungsergebnisse Kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» vom 13.6.2021 (Quelle: NZZ)

Sympathisanten nicht nur einmal ansprechen, sondern über den direkten Kontakt kontinuierlich den Austausch mit ihnen pflegen.

Dass es im Kanton Zürich für uns Freisinnige ein grosses Potenzial gibt und wir durchaus in der Lage sind, diese Gleichgesinnten zu mobilisieren, zeigt die Abstimmung im letzten Juni zur Prämienverbilligungsinitiative: Die von der Geschäftsstelle der FDP Kanton Zürich lancierte Abstimmungskampagne hat fast 65% der Stimmberechtigen im ganzen Kanton überzeugt. Daran wollen wir anknüpfen – daran arbeiten wir.

Liberale Grüsse Hans-Jakob Boesch

Parteipräsident FDP Kanton Zürich

Nr. 4 | 12. November 2021 3

FDP Stadt Zürich

Eigenverantwortung bringt uns weiter

Während in der Stadt Zürich viele auf der grünen Welle surfen und mit links ein Überholmanöver wagen, scheint die wirtschaftliche Sichtweise zugunsten ökologischer und sozialer Ideologien ausrangiert zu werden. Wer aber nicht versteht, dass die Wirtschaft der Motor ist, der das System am Laufen hält, und Mittel und Möglichkeiten schafft, wird auf der Strecke bleiben. Denn Nachhaltigkeit hat nicht nur mit dem emissionsfreien Stadtverkehr, dem Einkauf unverpackter Produkte oder einem oft geforderten Mindesteinkommen zu tun, sondern auch mit Tradition. Wir stellen als Gesellschaft die Weichen dafür, ob die nächste Generation ihre Eigenverantwortung wahrnimmt und mit Werten aufwächst, die sie dazu anspornen, etwas aus eigenem Antrieb zu erreichen.

Wirtschaft geht uns alle an

In allen Lebensbereichen geht es immer um Angebot und Nachfrage. Wenn wir uns für die Umwelt stark machen, steigt das Angebot an Elektromobilität, Solarstrom und Velowegen. Setzen wir uns für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein, werden mehr Lösungen gesucht. Und selbst wenn es um reines Freizeitvergnügen geht, wie etwa den Bootsschein zu machen oder das Fitnesslevel zu erhöhen, gibt es Anbieter, die auf die Nachfrage reagieren. Einfach gesagt, betrachtet die Ökologie die

Beziehung zwischen den Lebewesen untereinander sowie zur Umwelt und die Soziologie die Voraussetzungen und Folgen des Zusammenlebens. Die Wirtschaft hingegen bringt durch das Wechselspiel zwischen menschlichen Bedürfnissen und vorhandenen Ressourcen das Ganze in Bewegung.

Fortschritt liegt in unserer Hand

Um die Dynamik einer fortschrittlichen Gesellschaft aufrechtzuerhalten, nützt es deshalb nichts, mit Geldbussen grüner zu werden oder finanzielle Mittel unter dem Deckmantel der Solidarität grosszügig zu verteilen. Wer sich Freiheit wünscht, muss Entscheidungen treffen. Wer sich für Innovationen stark macht, muss Risiken eingehen, und wer den Gemeinsinn tatsächlich über egoistische Motive stellen will, muss die Eigenverantwortung fördern. Wir können junge Menschen ermutigen, ihren Traumberuf zu erlernen, attraktive Rahmenbedingungen für das lokale Gewerbe schaffen und flexible Arbeitsmodelle fordern, damit kein Spagat zwischen Kinderzimmer und Schreibtisch mehr nötig ist. Diese Zusammenhänge gilt es, der Bevölkerung im bevorstehenden Wahlkampf – vor allem auf der Strasse an Standaktionen – zu erklären.

Patrik Brunner, FDP Stadt Zürich



Patrik Brunner

Jungfreisinn – Liberal Award – Bekämpfung Rahmenabkommen

Liberal Award 2021 geht an autonomiesuisse

Die Jungfreisinnigen Kanton Zürich (JFZH) verleihen den 22. Liberal Award am 25. November an die Vereinigung autonomiesuisse. Damit möchten die Jungfreisinnigen der autonomiesuisse für das Bekämpfen des Rahmenabkommens ein Zeichen der Anerkennung ausdrücken. Das Rahmenabkommen in der damaligen Form hätte die Schweiz in ihrer Autonomie und ihrer Demokratie weitreichend eingeschränkt.

Der Liberal Award wird seit dem Jahre 2000 von den Jungfreisinnigen Kanton Zürich jährlich vergeben. Der Preis kann an Personen oder Personengruppen aus den Sparten Politik, Kultur, Soziales und Wirtschaft verliehen werden. Die bisherigen Preisträgerinnen und Preisträger sowie weitere Hintergrundinformationen sind auf der Website des Liberal Award www.liberal-award.ch zu finden.

autonomiesuisse ist ein Verband, dessen Co-Präsidium sich vorwiegend aus Unternehmerpersönlichkeiten zusammensetzt. Seit der Gründung im Juni 2020 durch Dr. Hans-Jörg Bertschi, Dr. Hans-Peter Zehnder und Prof. Dr. Martin Janssen setzt sich autonomiesuisse für die Wahrung einer autonomen und souveränen Schweiz ein.

«weltoffen, erfolgreich, frei» lautet der Slogan auf der Website der autonomiesuisse. Gleich unterhalb in grosser roter Schrift der packende Satz «sieben Gründe für ein besseres Rahmenabkommen». Sieben! Da hätten wohl die allermeisten nur drei im Hinterkopf: den Lohnschutz, die Unionsbürgerrichtlinie und die staatlichen Beihilfen.

Das Übernehmen europäischen Rechts hätte die Schweizer Demokratie schleichend ausgehöhlt. Sanktionen bei Nichtübernahme dieses Rechts. Kein neutrales Gericht, welches in Streitfällen zum Zuge gekommen wäre. Eine klammheimliche Integration der Schweiz in die EU – ein Gebilde, welches zentralistisch und illiberal aufgebaut ist.

Das Rahmenabkommen war somit ein Konstrukt, welches vielen liberalen auch über die drei



Das Präsidium der Jungfreisinnigen FDP Kanton Zürich: Sandro Frei, Luis Deplazes, Gioia Porlezza

Streitpunkte hinaus ein Dorn im Auge war. Das Bekämpfen dessen durch die autonomiesuisse war deshalb mehr als nur willkommen und bedarf nun einer entsprechenden Würdigung.

Der Award wird an Vertreterinnen und Vertreter der autonomiesuisse am 25. November 2021 im Zunfthaus zur Saffran überreicht. Die Preisverleihung beginnt um 18.30 Uhr und ist öffentlich und kostenlos. Weitere Details zum Event sind auf der Website der JFZH (www.jfzh.ch) zu finden. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Luis Deplazes

Präsident Jungfreisinnige Kanton Zürich



Im Frühling 2021 hat der Zürcher Kantonsrat mit den Stimmen der FDP der Revision des Energiegesetzes zugestimmt. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Daher werden die Zürcher Stimmberechtigten am 28. November 2021 das letzte Wort haben. Hintergrund der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sind die 2014 von den kantonalen Energiedirektoren erarbeiteten MuKEN (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich), welche verschiedene Standardlösungen zur energetischen Ertüchtigung der Gebäude umfassen. Die MuKEN führen zu Anpassungen der kantonalen Energiegesetze.

Für einen effektiven Klimaschutz ist eine markante Senkung der CO₂-Emissionen entscheidend. Die Emissionen aus dem Gebäudepark sind mit 40% am Gesamtanteil momentan noch sehr hoch, obwohl bereits viele Eigentümer entsprechende Anstrengungen unternommen haben. Der hohe Anteil hängt damit zusammen, dass bei einem Wärmeerzeugerersatz nach wie vor auf fossile Energiequellen gesetzt, statt auf ein klimafreundliches System gewechselt wird. Hier setzt das revidierte Energiegesetz mit einem neuen Ansatz an: Der Ersatz einer fossilen Heizung durch ein erneuerbares System soll künftig zum Standard werden. Ausnahmen sind aber möglich, wenn eine klimafreundliche Lösung technisch nicht machbar und über die gesamte Lebensdauer 5% teurer ist als der fossile Ersatz (Lebenszykluskostenberechnung). Zu den Lebenszykluskosten gehören Investitions- und Betriebskosten der neuen Heizung, aber auch die dazu nötigen Gebäudeinvestitionen. Sollte der Heizungsersatz mit erneu-

erbaren Energien technisch nicht möglich oder zu teuer sein, dann kann wieder eine Öl- oder Gasheizung installiert werden, wenn zusätzlich eine Standardlösung nach MuKEN fachgerecht umgesetzt wird. Auch neue Gasanschlüsse sind weiterhin möglich, dann allerdings muss 80% der gelieferten Energie aus erneuerbaren oder synthetischen Gasen oder aus Wasserstoff stammen. Dazu können auch in- oder ausländische Zertifikate gekauft werden. Bei den Neubauten sind klimafreundliche Heizungen bereits heute praktisch Standard und die neue Pflicht zur teilweisen Eigenstrom-Produktion kann in verschiedener Weise, auch durch einen Zusammenschluss unter Grundeigentümern zum Eigenverbrauch (sog. ZEV) erfüllt werden.

Aus Sicht der FDP-Fraktion und der FDP-Delegierten, welche der Änderung am 31. August 2021 mit grosser Mehrheit zugestimmt haben, ist die Gesetzesänderung durchdacht und ermöglicht dank der grossen Hebelwirkung im Gebäudebereich eine rasche Wirksamkeit. Sie orientiert sich mittels Lebenszykluskostenbetrachtung konsequent an der Kostenwahrheit, ist technologieneutral und baut Brücken für innovative Energiesysteme der Zukunft mit synthetischen Gasen oder Wasserstoff, Zudem ist die Prüfpflicht der Lebenszykluskosten bereits heute bei Investoren, Architekten, Planern und Installateuren geläufig und verhilft den Eigentümern zu Kostentransparenz der Heizsysteme. Darüber hinaus hat das neue Energiegesetz eine griffige Härtefallklausel, welche gilt, wenn Hausbesitzer die höheren Anfangsinvestitionen für eine klimafreundliche Lösung nicht finanzieren können. Das ist gerade für ältere Hausbesitzer wichtig.

Der Erhalt der Umwelt und damit unserer Lebensgrundlagen für kommende Generationen ist ein urliberales Anliegen. Das revidierte Energiegesetz leistet dazu einen wichtigen Beitrag und ist im Sinne einer liberalen, glaubwürdigen Klimapolitik! www.ja-zum-energiegesetz-zuerich.ch

Barbara Franzen Kantonsrätin Niederweningen

FDP Die Liberalen

Klimaschonend heizen, Geld sparen, Innovation fördern – alles möglich mit dem Zürcher Energie-Gesetz.

Ja zu guten Lebensbedingungen auch für künftige Generationen!



FDP Kanton Zürich









Am 28. November 2021

Kantonales Energiegesetz











Jungfreisinnige Kanton Zürich

Verleihung des «Gaht's-no!-Priis» 2021

Innovativer Kindersitz international unterwegs, jedoch nicht in der Schweiz

Immer mehr Einschränkungen, immer mehr Vorschriften, immer höhere Kosten, immer mehr fragwürdige Bürokratie: Die FDP hat auch in diesem Jahr genug von all dem! Daher wurde ein weiteres Mal Anfang Oktober, und dies bereits zum 12. Mal, der «Gaht's-no!-Priis» für die absurdeste Bürokratiegeschichte des Jahres im Rahmen des Sessionsapéros vergeben. An Geschichten mangelte es wiederum nicht. Die Jury der FDP Kanton Zürich haben wieder unzählige Einsendungen von unsinnigen Bürokratieerlebnissen erreicht. Wie in anderen Jahren war es aber auch dieses Jahr nicht einfach, sich für eine einzige Siegergeschichte zu entscheiden, denn verdient hätten diesen Preis ganz viele. Das Bürokratieerlebnis, welches Andy Macaluso und sein Geschäftspartner Daniel Schläpfer, Horgner Unternehmer erlebt haben, ist kaum zu übertreffen. Daher war es für die 5-köpfige Jury schnell klar und die beiden Unternehmer standen als Sieger fest.

Ihre Geschichte: Die beiden Unternehmer entwickelten einen innovativen Kindersitz. Neben dem Schutz, welche der neue Kindersitz bietet, kann er nach Gebrauch in ein «Täschli» der Grösse einer Big-Mac-Schachtel verstaut werden. Durch Kontakte zur Axa-Winterthur hatten sie die Möglichkei, einen Crashtest durchzuführen. Dabei erzielten sie zum Teil bessere Resultate als reguläre Sitzerhöhungen für Kinder. In den USA ist das Whizrider-System bereits zertifiziert und könnte nicht besser laufen. Jedoch harzt es an der Zulassung für den europäischen und den Schweizer Markt wegen der extrem langsam «mahlenden Beamtenmühlen».

Nachzulesen gleich hier: www.buerokratieabbau.ch



Andy Macaluso, Gewinner 2021, und Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident

Fraktionsausflug

Zur Ideenernte ins Thurgau

Die Kantonsratsfraktion verbrachte ihr diesjähriges Seminar im schönen Hotel Greuterhof im Thurgau. Zur Einstimmung gab es Inputreferate von Lukas Huber (GZA) und Pascal Kaufmann (mindfire) sowie eine Paneldiskussion zusammen mit unserer Regierungsrätin Carmen Walker Späh zu Anforderungen an die Politik post-Corona. Das Panel war sich einig, dass Bildung und Forschung die wichtigste Ressourcen der Schweiz sind. Der Kanton Zürich ist mit seinem Hochschulcluster in einer einzigartigen Position und es gilt, diesen mit den richtigen Rahmenbedingungen weiterzufördern.



Die Kantonsratsfraktion unterwegs im Maisfeld

6

Inspiriert durch die Diskussionen über künstliche Intelligenz und Arbeitsrecht wurde in Arbeitsgruppen thematisch an Vorstössen zu unseren Schwerpunkten gearbeitet. In der zweiten Legislaturhälfte soll die Zürcher Wirtschaft mit besseren Rahmenbedingungen für innovatives und agiles Unternehmertum sowie mit Investitionen in die Infrastruktur gestärkt werden, die Digitalisierung vorangetrieben und Perspektiven für Studierende, SchülerInnen, Lernende und Arbeitnehmende geschaffen werden. Zudem soll die Widerstandskraft unserer Staatsfinanzen gestärkt werden.

Der Abend wurde mit einer Führung und einem Apéro auf dem innovativen Hof von SVP Fraktionspräsident Martin Hübscher eingeläutet. Bei der abenteuerlichen Fahrt durch die Obstplantagen kam Stimmung auf und gut gelaunt wurde der weitere Abend bei einem feinen Nachtessen und angeregten Diskussionen genossen.

Nach einer kurzen Nacht trafen sich einige Frühaufsteher zum Yoga, während andere das Frühstücksbuffet vorzogen. Physisch und/oder geistig gestärkt, erwartete die Fraktion ein Standpunkte-Gespräch mit NZZ-Chefredaktor Eric Gu-



Die Kantonsratsfraktion auf dem Hof von Martin Hübscher

jer, Kantonalparteipräsident Hans-Jakob Boesch und Fraktionspräsidentin Beatrix Frey-Eigenmann. Eric Gujer legte seine Sicht auf die FDP dar und forderte mehr Profil, Herzblut und Rauflust. Er ernüchterte mit der Aussage, dass kantonale Politik die Leser nicht interessiere und riet aus journalistischer Sicht zur Konzentration auf einige wenige, prägnante Themen in denen die Partei geschlossen auftritt.

Mit diesem Denkanstoss ging die Fraktion im letzten Teil ihre eigenen Prozesse an und konnte das Seminar mit vielen guten Ideen und konkreten Massnahmen abschliessen.

Beatrix Frey-Eigenmann Fraktionspräsidentin

Bild: Jonas Lüthy



#zämemitDir schaffte Andri Silberschmidt 2019 das fast Unmögliche: In einem hart umkämpften Teilnehmerfeld konnte er einen der fünf freisinnigen Nationalratssitze für sich gewinnen. Anlässlich der Halbzeit seiner ersten Legislaturperiode zog der aktuell jüngste Nationalrat am 24. September an seinem Arbeitsort in Zürich-Altstetten beim Logistikunternehmer Planzer vor rund 200 Unterstützerinnen und Unterstützern Bilanz über seine parlamentarische Arbeit: Was konnte er bewirken? Wo steckt er mittendrin? Und wo läuft er an eine Wand?

Eröffnet hat den Abend Nils Planzer, der sich erfreut darüber äusserte, dass sich junge Menschen wie Andri Silberschmidt politisch engagieren und «Verantwortung übernehmen». Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach im Gespräch mit Esther Girsberger und Andri Silberschmidt über das aktuelle politische Geschehen und liess es sich nicht nehmen, auszuführen, womit die FDP wieder an Wählergunst gewinnen kann: «Die FDP muss sich auf die liberalen Werte und ihren liberalen Kompass besinnen.»

Fokus, Engagement und Vernetzung

Andri Silberschmidts politischer Arbeit liegen konkrete Schwerpunkte zugrunde: Die Sicherung der Renten – eine Herzensangelegenheit, wie er selbst betont –, Hürden weg für Start-ups sowie das Vorantreiben von Innovationen. Allen Themenschwerpunkten gemein ist, und so fasst er es zusammen, dass sich mit Fokus, grossem Engagement und einer guten Vernetzung über die Parteigrenzen hinweg in kurzer Zeit viele liberale Akzente setzen lassen. Mehr zur parlamentarischen Zwischenbi-



Grosses Interesse am Halbzeit-Event Bild: CH Media/Valentin Hehli

lanz Andri Silberschmidts in der Broschüre unter: www.andrisilberschmidt.ch/halbzeit-event

Plädover für mehr (Eigen-)Verantwortung

Die Herausforderungen der Zukunft, davon ist Andri Silberschmidt zutiefst überzeugt, lassen sich nur durch mehr (Eigen-)Verantwortung meistern. Die Grundvoraussetzung dafür ist die Freiheit. Was es nach Silberschmidt dazu braucht, sei ein Staat und eine Politik, die dem Individuum vertraut, und Individuen, welche diese Verantwortung wahrnehmen. Kurzum: «Es braucht gelebte liberale Werte.»

Sandrine Haas

FDP Kanton Zürich

Wie beurteilen Sie Andri Silberschmidts Arbeit in Bundesbern? Nehmen Sie jetzt an der Umfrage zur Halbzeit der 51. Legislaturperiode teil:





Besuchen Sie den digitalen «Zürcher Freisinn» unter www.fdpzh-freisinn.ch oder schauen Sie gleich hier rein! Die digitale Ausgabe des «Zürcher Freisinn», ist keine 1:1 Kopie der gedruckten Version, sondern bildet zusätzliche Inhalte ab. Auch ein wenig Spiel und Spass soll in der Politik ihren Platz finden. Erkunden Sie das Politlexikon und überprüfen Sie ihr Wissen dann gleich im Politquiz! Viel Erfolg!

Hier geht es zum digitalen «Zürcher Freisinn»

Nr. 4 | 12. November 2021 7

Zürich



Du bist schon seit mehr als 15 Jahren bei der FDP aktiv und seit 2019 Fraktionspräsidentin. Wann und wie hat deine Faszination fürs «Politisieren» begonnen? Politik hat mich schon in meiner Jugendzeit interessiert und ich habe früh gemerkt, dass man sich einsetzen muss, wenn man die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens mitprägen möchte. Mein erster politischer Einsatz war für die Jugendverbände, als wir für eine 5. Ferienwoche für Lernende, die Jugendarbeit leisten, kämpften.

Wie muss man sich eigentlich die Arbeit einer Fraktionspräsidentin vorstellen? Vielseitig und intensiv! Eine Mischung aus Arena-Moderatorin, Unterhändlerin, Blitzableiterin und Repräsentantin, die versucht, die blauen Sterne in der gleichen Umlaufbahn zu halten und zum Leuchten zu bringen.

Am 28. November stimmen die Zürcherinnen und Zürcher über das Energiegesetz ab. Die FDP hat

die JA-Parole beschlossen. Mit der «liberalen Brille» betrachtet, ein sehr pragmatisches Ja. Wie siehst du das? Es ist ein lösungsorientierter Kompromiss für mehr Klimaschutz, eine Chance für das einheimische Gewerbe und eine zumutbare Belastung für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die sich nicht schon proaktiv für enkeltaugliche Lösungen entschieden haben.

Wie ist dieser Kompromiss zustande gekommen?

Nachdem wir unsere bürgerlichen Partner leider nicht für die liberale Lösung eines CO₂-Absenkpfads gewinnen konnten, haben wir für eine faire Berechnung der Lebenszykluskosten, den Investitionsschutz der Gasinfrastruktur und eine griffige Härtefallregelung gekämpft. Die Klima-Allianz hat uns in der ersten Lesung mehrheitlich abblitzen lassen. Nach einer Referendumsdrohung und einem intensiven Verhandlungsmarathon mit den Fraktionspräsidien der Klima-Allianz und der Baudirektion konnten wir in der abschliessenden Lesung massgebende Verbesserungen erzielen.

Du bist nicht nur Vollblutpolitikerin und beruflich bei einer Beratungsfirma in der Geschäftsleitung engagiert, sondern auch ein Familienmensch. Wie schaffst du diesen «Spagat»? Mit einem Ehemann, der partnerschaftlich mitanpackt, einer tollen Putzfee und einer agilen Organisation. Und ganz ehrlich: Meine Söhne hätten es nicht ausgehalten, wenn ich sie vollzeitig «begluckert» hätte.

Welche gesellschaftlichen Themen beschäftigen dich persönlich ganz speziell? Die zunehmende Intoleranz und Vollkasko-Mentalität sowie die Tendenz, immer mehr Aufgaben an den Staat zu delegieren, bereiten mir Sorge. Um die grossen Herausforderungen wie die Globalisierung, die Digitalisierung und den Klimawandel zu meistern, braucht unser Land genau das Gegenteil: Risikobereitschaft, eine Fehlerkultur und Menschen die bereit sind, unser Land mit Ideen und Unternehmergeist nachhaltig vorwärtszubringen.

Welches sind die Werte, die dir am wichtigsten sind? Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – what else?

Wo und wie tankst du Kraft? Am liebsten draussen in der Natur und beim Reisen. Es gibt nichts Besseres, um den Kopf zu lüften und eine gesunde Distanz zum Alltag zu gewinnen.

Gibt es ein Motto, welches dich durch dein Leben begleitet? Sogar zwei: Anpacken statt Jammern! Und der verlorenste aller Tage ist der, an dem du nicht gelacht hast.

Wir danken dir für das Interview und den Einblick!

Steckbrief

Beatrix Frey-Eigenmann, hat ein Studium der Staatswissenschaften, internationale Beziehungen an der Hochschule St. Gallen absolviert und lebt mit ihrem Mann und den beiden Söhnen seit über 20 Jahren in Meilen. Nebst ihrem Amt als Kantonsrätin und Fraktionspräsidentin der FDP ist sie beruflich als Partnerin und Mitglied der Geschäftsleitung einer Beratungsfirma für öffentliche Institutionen tätig. Sie hat verschiedene Verwaltungs- und Stiftungsratsmandate und engagiert sich in Verbänden als Vorstandsmitglied. Ihre Freizeit verbringt sie gerne mit Kochen, Jassen, Pilates, Schwimmen, Skifahren, Wandern und Reisen.

www.frey-eigenmann.ch

Rückblick

Ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 31. August 2021

Ende August konnte nach langer Zeit die erste Delegiertenversammlung wieder physisch durchgeführt werden. Trotz der 3G-Auflagen fanden sich so viele Delegierte wie vor der Pandemie ein. Die Delegierten stimmten unter anderem mit grosser Mehrheit JA zum Energiegesetz. Der Event sorgte auch für einen regen Austausch, was sehr geschätzt wurde. Beim Apéro war die freudige Stimmung zu

spüren und beendete den gelungenen Abend. (Mehr Bilder der a.o. DV vom 31. August finden Sie in der digitalen Ausgabe des Zürcher Freisinns: www.fdpzh-freisinn.ch/)





Volles «Haus» an der ersten physischen a.o. Delegiertenversammlung – nach langer Zeit...



Barbara Franzen, Kantonsrätin, führt zum Energiegesetz



Überprüfung des Covid-Zertifikates vor Einlass



Die Delegierten fassen mit deutlicher Mehrheit die JA-Parole zum Energiegesetz







Das gesellige Beisammensein und der Austausch im Anschluss an die DV wurde sehr geschätzt

Die neuen ziehen Bilanz

Rückblick auf zwei intensive Jahre

Acht FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die 2019 neu in den National- und Ständerat gewählt wurden, blicken auf ihre ersten beiden Jahre in Bundesbern zurück. Sie sprechen über ihre Erwartungen, was sie im Parlament überrascht hat und wofür sie in den nächsten zwei Jahren kämpfen wollen.

QR-Code scannen und alle Videointerviews in voller Länge schauen.





Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin, St. Gallen

«Der erste Tag der Legislatur war bei mir ein bisschen wie der erste Schultag. Ich war gespannt, hatte Erwartungen, aber natürlich auch eine gewisse Unsicherheit. Aus dem Kantonsrat war ich mir das Politisieren in einer Legislative gewohnt, war aber gespannt, wie sich das auf Bundesebene anfühlt. Mittlerweile weiss ich, wie faszinierend die Aufgabe ist. Man kann etwas bewirken, wenn man sich in die Dossiers einliest. Im Kantonsparlament dauerte die Session drei Tage, in Bern sind es drei Wochen. Dazu kommt das Zweikammersystem, das auch taktisch genutzt werden kann. Dabei habe ich gelernt, wie wichtig Gespräche hinter den Kulissen sind.

Es freut mich auch, dass ich in der UREK-N mitarbeiten darf. Neben den Umweltthemen liegen mir aktuell besonders auch die AHV-Revision und die BVG-Revision am Herzen. Ich finde es wichtig, dass gerade wir bürgerlichen Frauen hierbei für unsere Ideale hinstehen und ein Gegengewicht zur linken Abwehr- und Anspruchshaltung bilden. In der zweiten Legislaturhälfte will ich mich zudem dafür einsetzen, dass wir die Energiewende mit Massnahmen erreichen, die uns Freisinnigen entsprechen. Neben dem Parlamentsbetrieb ist es die Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung, die wir FDP Frauen lanciert haben. Hier braucht es noch viel Einsatz, um diese Volksinitiative ins Tor zu tragen. Aber ich freue mich darauf, auf der Strasse mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten.»



Anna Giacometti Nationalrätin, Graubünden

«Da ich zuvor Gemeindepräsidentin von Bregaglia war, hatte ich vor meiner Wahl keine Erfahrung in einer Legislative. Der Beginn im Nationalrat war eine völlig neue Welt. Besonders in Erinnerung bleibt mir der erste Tag, als ich das imposante Bundeshaus betrat und mit einer Freundin sowie zwei Journalisten aus Graubünden die Treppe hinaufstieg. Ich habe erwartet, dass das Parlament schneller entscheidet. Es überraschte mich, dass ein Gesetz, nachdem es von beiden Räten angenommen wurde, in der Schlussabstimmung noch abgelehnt werden kann, so dass die Arbeit wieder bei null beginnt.

Mittlerweile verfüge ich über mehr Erfahrung und politisiere aktiver als vor zwei Jahren. Ich habe mich stark für das CO₂-Gesetz engagiert und bin im Initiativkomitee für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung. Als APK-Mitglied sind mir die Beziehungen zur EU besonders wichtig. Es stellt sich nun die Frage, wie wir den bilateralen Weg aufrechterhalten und weiterentwickeln können. Ich hoffe, dass es dem Bundesrat in Zusammenarbeit mit dem Parlament gelingt, ein stabiles Verhältnis zu unseren Nachbarn aufzubauen, die für die Schweiz so wichtig sind. Bis zum Ende der Legislatur möchte ich auch die Namen, die Herkunft und den politischen Hintergrund der vielen Menschen kennen, die mir im Bundeshaus begegnen. Neben der Arbeit im Bundeshaus gefällt mir auch die Stadt Bern. In der wunderschönen Altstadt bin ich gerne zu Fuss unterwegs.»



Matthias Michel Ständerat, Zug

«Nach 16 Jahren als Regierungsrat in Zug hatte ich den Wunsch, auf nationaler Ebene zu wirken. Als ich vor zwei Jahren ins Bundeshaus kam, war ich erstmal ergriffen. Die Realpolitik war dann wieder etwas anderes. Fasziniert und überrascht hat mich die Dimension des Zweikammersystems. Wenn man aus einem Kanton kommt, kennt man die Regierung und das Parlament mit einer Kammer. Das Zweikammersystem wirkt auf den ersten Blick sehr kompliziert und ich habe Zeit benötigt, um zu erkennen, welche Geschäfte zuerst in welchen Rat kommen und was danach folgt bis zu den Differenzbereinigungen.

Die Vereidigung ging mir besonders unter die Haut. Wegen eines zweiten Wahlgangs im Kanton Zug wurde meine Wahl erst einen Tag nach Sessionsbeginn bestätigt. Das hat mich zuerst etwas geärgert, aber dafür durfte ich alleine zwischen den Weibeln vor dem Ratspräsidium meinen Eid ablegen. Sofern das Ständeratsbüro bestätigt, kann ich in der zweiten Legislaturhälfte das Präsidium der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerats übernehmen. Die GPK beaufsichtigt den Bundesrat, wie er die Verwaltung führt, ob effizient und rechtmässig. Diese Rolle ist mir auf den Leib geschneidert, da ich von der Exekutive komme.»

Legislatur-Halbzeit

Simone de Montmollin Nationalrätin, Genf

«Die erste Amtshandlung beim Legislaturbeginn 2019 war die Vereidigung. Als wir den Eid abgelegt haben, wurde mir bewusst, welche Verantwortung wir als Volksvertreter tragen. Ich war dankbar gegenüber den Menschen, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben und wollte gleich mit der Arbeit beginnen, um eben dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Im Gegensatz zum kantonalen Parlament ist die Polarisierung zwischen den Fraktionen deutlich stärker. Das wirkt sich auch auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus. Aufgefallen ist mir auch, dass sich einige Ratsmitglieder stark für persönliche Anliegen einsetzen, andere eher Parteiinteressen vertreten. Ich habe schnell gelernt, für meine Überzeugungen einzustehen. Allerdings verändern sich die Prioritäten je nach Agenda des Parlaments, des Bundesrats oder bei unerwarteten Ereignissen. Da muss man die Energie einsetzen, wo sich etwas bewirken lässt.»



«In den letzten zwei Jahren im Nationalrat habe ich viel darüber gelernt, wie die Prozesse ablaufen. Wenn man in der Politik etwas bewegen will, braucht es vertieftes Wissen über die Abläufe. Das ist mir nicht schlecht gelungen. Selbstverständlich gibt es immer noch Dinge, die man besser machen kann. Zum Glück kann ich auf die Unterstützung meiner Fraktionskollegen zählen. Es ist wichtig, sich selbst zu hinterfragen und Neues dazuzulernen. Lernen ist Teil des Lebens. Das wichtigste politische Dossier ist für mich die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU, unserem wichtigsten Handelspartner. Wir müssen unbedingt Lösungen finden, damit der bilaterale Weg weiterentwickelt werden kann. Das erfordert Kreativität, politischen Willen, Arbeit und Diplomatie. Ich bin überzeugt, dass diese Frage absolut zentral für unser Land ist, weil sie sich auf unseren Arbeitsmarkt und letztlich auf unsere Lebensqualität auswirkt.»

Maja Riniker Nationalrätin, Aargau

«In den letzten zwei Jahren habe ich viel über politische Mechanismen und Taktiken gelernt. Dazu habe ich meine Kenntnisse der anderen Landessprachen verbessert. Als Aargauerin waren mir diese zuvor weniger geläufig. Auch gegenseitiges Vertrauen und Kooperation lernte ich kennen, wie auch das Gegenteil. Die überparteiliche Zusammenarbeit finde ich einen grossen Vorteil und etwas Schönes, das ich nicht in diesem Ausmass erwartet habe. Man hat mich auch vor der vielen Arbeit gewarnt, dass es so viel Arbeit ist, habe ich aber nicht gedacht.

Der Abbruch der Session am 16. März 2020, als der Lockdown beschlossen wurde, das hat mich stark geprägt. Traurig war auch der Tod meines Nationalratskollegen Albert Vitali. Ich durfte ihn nicht lange erleben, habe ihn aber sehr gerne gehabt. Das waren emotionale Momente, die prägen. Das wichtigste Dossier ist für mich der Alimentierungsbericht, bei dem es um die Sicherung der Bestände von Armee und Zivilschutz geht. Ebenfalls müssen wir klären, wie ein Dienst an der Gesellschaft unter Berücksichtigung der Armee- und Zivilschutzbeständen funktioniert, inklusive Frauen in der Armee. Das ist ein langfristiges Projekt, das ich gerne noch weiterverfolgen würde. Ebenfalls habe ich im Bereich Bevölkerungsschutz Ideen, wie man die Bevölkerung noch aktiver alarmieren kann.»

Andri Silberschmidt Nationalrat, Zürich

«Als ich in den Nationalrat gewählt wurde, wollte ich die jungfreisinnige Politik einbringen, die ich schon zuvor verfolgt habe. Das ist mir wenigstens zum Teil gelungen. Ich konnte Akzente in Kernthemen setzen, wie zum Beispiel das Unternehmertum stärken und Sozialwerke sichern. Unterschätzt habe ich die Dynamik der beiden Kammern. Nur weil wir im Nationalrat etwas erreicht haben, heisst das noch lange nicht, dass es dann auch durch den Ständerat kommt. Diese Dynamik zu verstehen und einzuplanen, ist eine Herkulesaufgabe und lässt sich auch nicht innert einer Legislatur komplett lernen.

Heute denke ich viel mehr in Gesetzestexten. Wenn jemand auf mich zukommt und bei einem Problem Hilfe verlangt, höre ich es mir an und meine erste Frage ist: In welchem Gesetz und welchem Artikel ist es geregelt? Nur wenn man ein Problem tatsächlich identifiziert, kann man es auch lösen. Das wichtigste politische Dossier ist für mich nach wie vor die Sicherung der Sozialwerke, weil wir in den letzten zwei Jahren weniger Fortschritte erzielt haben, als ich mir das erhoffte. Dabei braucht es ausserparlamentarischen Druck, deshalb hat die FDP mit den Jungfreisinnigen die Renteninitiative eingereicht. Wir im Parlament müssen einen Zacken zulegen. Wenn es nach uns ginge, wären wir schon viel weiter.»

Johanna Gapany Ständerätin, Freiburg

«Nach meiner Wahl in den Ständerat wollte ich mein Netzwerk auf eidgenössischer Ebene vergrössern, da ich vorher in einer städtischen Exekutive und im Freiburger Kantonsparlament war. Ein gutes Netzwerk ist wichtig, um möglichst viel bewegen zu können und meinen Kanton optimal zu vertreten. In den letzten zwei Jahren wurde die politische Arbeit durch die Covid-Pandemie erschwert. Die parlamentarische Arbeit beinhaltete deutlich weniger persönlichen Austausch. Für mich als neue Ständerätin war es anspruchsvoll, weil die Beschlüsse bezüglich Corona sehr rasch abgearbeitet wurden. Dadurch lernte ich die Prozesse schnell kennen und wusste bald, worauf es ankommt.

Mich haben insbesondere die Finanzen und der künftige Umgang mit den Schulden interessiert, da ich bald das Präsidium der Finanzkommission übernehme. Mir ist es wichtig, dass die Schulden nicht künftigen Generationen aufgebürdet werden. Überrascht hat mich die ausgeprägte Diskussionskultur im Ständerat. Es geht tatsächlich nicht darum, dass jeder seine Rede hält, sondern dass man auf die Vorredner eingeht. Der Ständerat zeigt einen ausgeprägten Willen zur Demokratie mit ausführlichen Debatten und Entscheidungen, die genau abgewogen werden. Natürlich werden auch in diesem ruhigen Rahmen dynamische Entscheide getroffen.»

Interview

Thierry Burkart will die FDP mit klaren Positionen profilieren. Fotos: Désirée Dittes



Der neue Parteipräsident hat mit seinem Team erste Eckpunkte definiert, wohin der Weg der FDP gehen soll. Im Interview spricht er den Liberalismus als Verpflichtung, die Bedeutung der Kantonalparteien und was die FDP von der Schwingerfamilie lernen kann.

Am 2. Oktober wählten dich die Delegierten zum Parteipräsidenten. Wie ist es dir seither ergangen? Die letzten Wochen waren so intensiv wie spannend und es galt, viele Abläufe und Zuständigkeiten kennen zu lernen. Intensiv war auch die Arbeit im Team mit meinen Vizepräsidenten, die sehr gut funktioniert. Viele Leute sind mit ihren Wünschen und Erwartungen bezüglich der FDP an mich herangetreten. Diese Anliegen zu kanalisieren, ist eine Herausforderung.

Bei deiner Wahl waren viel Unterstützung, aber auch grosse Erwartungen zu spüren. Bedeutet dies Druck oder ein willkommener Vertrauensvorschuss? Ich denke, beides trifft zu. Man schenkt uns Vertrauen, adressiert aber auch klare Erwartungen. Wir wissen, was wir für die FDP erreichen wollen, nämlich den Wahlsieg 2023. Uns ist aber auch bewusst, dass wir das nicht allein schaffen. Es braucht jeden und jede in dieser Partei, von der Bundeshausfraktion über die Kantonalparteien bis hin zu den Ortsparteien. Dieses liberale Feuer zu entzünden und alle Freisinnige zu erreichen, ist mir ein grosses Anliegen.

Konntest du in deinen ersten Wochen als Parteipräsident bereits einige Pflöcke einschlagen?

Grundsätzlich schlage ich als Präsident nicht alleine Pflöcke ein. Ich kann aber, quasi als Spitze des Eisbergs, Anstösse geben. Die bisherigen Tätigkeiten, die wir bearbeiten, lassen sich grob gliedern: Wir arbeiten an einer Reorganisation von Partei und Fraktion und haben einen neuen Generalsekretär und einen neuen Wahlkampfleiter gefunden. Wir beschäftigen uns ausserdem mit Umweltpolitik, zu der es einen Antrag der Parteipräsidentenkonferenz (PPK) gab. Gleichzeitig sind wir an einer Resolution zur Energiepolitik. Zudem wollen wir möglichst bald drei bis fünf Kernthemen definieren und diese entsprechend bearbeiten. Daneben war ich kommunikativ gefordert und konnte in den vielen Interviews unsere Positionen gegenüber der Konkurrenz abgrenzen. In der Covid-Thematik war es wichtig klarzustellen, dass wir zu den aktuellen Massnahmen stehen und die Impfung der wirksamste Ausweg aus der Krise ist. Angesichts tieferer Spitalbelastung wollen wir jedoch auch eine konkrete Perspektive. Diese fordern wir vom Bundesrat.

Was sind die wichtigsten Aufgaben für die nächsten drei Monate? Die Festlegung der drei bis fünf Kernthemen, diese mit Inhalten füllen und schliesslich deren Umsetzung planen. Neben dieser Hauptaufgabe gilt es, mit dem neuen Generalsekretär Strukturen und Abläufe festzulegen.

Was gefällt dir an der Arbeit als Parteipräsident?

Die Arbeit mit meinem Team ist wirklich sensationell und ich bin überglücklich, dass ich ihre Unterstützung habe. Daneben spüre ich eine leidenschaftliche und tolle Arbeit im Generalsekretariat sowie allgemein in der Partei Zuversicht und eine Stimmung des Aufbruchs, das freut und motiviert mich. Jetzt geht es darum, diesen Aufbruch zu vergrössern und nach aussen zu tragen. Zu guter Letzt freue ich mich, dass Einigkeit zu spüren ist. Dies ist die entscheidende Voraussetzung, um bei den Wahlen 2023 zu gewinnen.

Die fehlende Einigkeit in der Partei wurde in der Vergangenheit oft beklagt. Wie stellst du sicher, dass Einigkeit auch tatsächlich gelebt wird? Wir müssen Themen frühzeitig erkennen und mit den wesentlichen Kräften unserer Partei Positionen erarbeiten, die auf einem breiten Konsens beruhen. Das bildet eine bessere Ausgangslage als ein Verdikt, dem man sich ohne Mitwirkung zu fügen hat. Ebenso wichtig ist die Konzentration auf einige wichtige

Der Kompass ist klar und lautet liberale Politik.

Themen. Dann ist es weniger schlimm, wenn es einmal bei nebensächlichen Themen verschiedene Meinungen gibt. Daneben braucht es auch in der parlamentarischen Arbeit viel Führungsarbeit, damit Einigkeit gewährleistet werden kann.

Innerhalb und ausserhalb der FDP haben unzählige Personen eine genaue Vorstellung, wie die FDP zu sein hat. Wie gehst du mit diesen zahlreichen und unterschiedlichsten Erwartungshaltungen um? Wichtig ist, dass all diesen Stimmen Gehör finden und wir gleichzeitig eine klare Vorstellung haben, was wir wollen. Ich bin mir bewusst, dass man es nie allen recht machen kann. Ich höre oft den Wunsch nach einer FDP mit klaren erkennbaren Positionen. Das ist fast noch wichtiger als die Position an sich. Diesen Wunsch teile ich, aber damit lassen sich nicht alle zufriedenstellen. Wir müssen aber mit klarer Kante kommunizieren.

Zwischen 2010 und 2013 warst du Präsident der FDP Aargau. Gibt es Erfahrungen aus dieser Zeit, die dir auch jetzt nützlich sind? Es war eine schöne Zeit mit tollen Leuten und wir wurden zweitstärkste Partei im Kanton – noch vor den Sozis! Damals habe ich gelernt, dass man als Präsident hinstehen und die eigenen Positionen mutig vertreten muss, um die Leute mitzunehmen. Es darf aber nicht ein Egotrip sein, sondern es braucht die Einbindung aller. Obwohl es auch im Aargau verschiedene Flügel gab, gelang uns ein einheitlicher Auftritt.

In der nationalen Politik jagen sich die Herausforderungen: Abstimmungen, Wahlen, Tagesaktualitäten und Unvorhergesehenes. Wie setzt du hierbei Prioritäten? Das ist in der Tat anspruchsvoll. Genau deshalb braucht es in den Schwerpunktthemen frühzeitige Positionsbezüge, basierend auf unseren Grundwerten, die uns vereinen. Wir müssen lernen, dass wir nicht allein für die Schweiz verantwortlich sind, auch wenn wir natürlich das Beste für unser Land wollen. Wir müssen auf unseren Grundlagen politisieren und auch einmal den Mut aufbringen, uns einem Kompromiss zu entziehen, wenn er von unseren Positionen zu weit entfernt ist. Denn der Kompass ist klar und lautet liberale Politik.

Du sprichst die Verantwortung für die Schweiz an. Das wird von der FDP aufgrund der Historie oft erwartet. Unsere Politik ist verantwortungsvoll und liberal. Die Geschichte zeigt, dass liberale Politik erfolgreich ist. Deshalb ist der Liberalismus unsere



Thierry Burkart mit seinen Vizepräsidenten Andrea Caroni, Johanna Gapany, Philippe Nantermod und Andri Silberschmidt (von links).

erste Verpflichtung. Wenn wir Kompromisse eingehen, die zu weit entfernt davon sind, werden wir dem Liberalismus untreu, verlieren an Kontur und die Wählerinnen und Wähler verlieren das Interesse. Wenn ich mich zwischen einem langsamen Sterben in Schönheit und einer erfolgreicheren liberalen Partei entscheiden muss, wähle ich definitiv Zweiteres.

Oft wird lieber über die Schwächen der FDP diskutiert. Wo siehst du aktuell die Stärken der Partei?

Unser Problem ist, dass wir selbst zu oft über unsere Schwächen reden. Dabei müssen wir vermehrt darüber reden, was uns stark macht und verbindet. Nämlich das liberale Wertefundament, das so aktuell ist wie seit eh und je. Eigenständigkeit und Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft sind zeitlos und dafür stehen wir ein. Ebenso für technologischen Fortschritt und Innovation. Wer, wenn nicht wir kann das gewährleisten? Wenn wir diese Positionen klar vertreten, eint uns das und hebt unsere Stärken hervor. Gerade weil unsere freisinnigen Überzeugungen zeitlos sind, sind wir keine Modepartei. Eine andere grosse Stärke sind die hervorragenden Köpfe in unserer Partei, die schweizweit innovative und vernunftbasierte Ideen einbringen.

Was muss sich noch verbessern? Wir haben eine Schwäche, die zugleich unsere Stärke ist. Die Vielfalt in unserer Partei bringt sehr viele interessante Menschen auf dem liberalen Fundament zusammen. Gleichzeitig ist es eine Schwäche, weil wir zu wenig gut erkennbar sind. Deshalb brauchen wir den Mut, uns auf einen gemeinsamen Weg zu eini-

gen, hinter dem alle stehen und für welchen alle zusammen kämpfen.

Die Kantonalparteien spielen eine wichtige Rolle für die FDP. Wie bindest du sie in deine Strategie ein? Ich würde noch weitergehen und sagen, in den Kantonalparteien findet die wichtigste Arbeit statt. Die FDP Schweiz ist ohne die Kantonalparteien eine luftleere Hülse. Dort werden Wahlen gewonnen und verloren, und dort findet der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern statt. Diese wich-

den Bürgerinnen und Bürgern statt. Diese wichtigste Ebene will ich insbesondere über das Gremium der PPK mitnehmen. Auch bei der Erarbeitung von Positionen will ich sie stärker einbinden und natürlich im Hinblick auf den Wahlkampf.

Du besuchst gerne Schwingfeste und organisierst sie auch. Lässt sich der Schwingsport mit der FDP vergleichen? Der Schwingsport hat der FDP etwas voraus: Im Sägemehl wird zwar hart gekämpft, doch innerhalb der Schwingerfamilie, zwischen Sportlen und Publikum, herrscht ein enger Zusammenhalt. Dieses Wirgefühl und die Freude an diesen Festen sind allgegenwärtig. Für die FDP wünsche ich mir, dass wir unseren Sinn nicht nur über einzelne Positionen und politische Kämpfe finden, sondern auch Freude am gemeinsamen Politisieren zeigen. Es braucht die Freude am gemeinsamen Austausch und Stolz, dass wir Freisinnige sind.

Hast du einen Lieblingsschwinger? Die Aargauer liegen mir natürlich alle am Herzen, aber an Nick Alpiger habe ich besonders Freude.

Interview: Marco Wölfli

Jungfreisinnige

Die Jungfreisinnigen fassten in Locarno Parolen und feierten die 100-jährige Tessiner Sektion. Fotos: Marc Bührer



Ende September trafen sich Jungfreisinnige aus der ganzen Schweiz in Locarno. Es war einmal mehr ein äusserst spannender Anlass mit hochkarätigen Gästen und Grund zu feiern: 100 Jahre Tessiner-Sektion. Zudem fassten die Delegierten die Parolen für die November-Abstimmungen. Die Jungfreisinnigen Schweiz sagen Nein zur Pflegeinitiative, Nein zur Justiz-Initiative und Ja zum Covid-19-Gesetz. Doch damit nicht genug: Im Oktober ergriffen sie das Referendum gegen das neue Filmgesetz. Die Frist läuft bis zum 20. Januar 2022.

Über 220 Jungfreisinnige aus der ganzen Schweiz folgten in Locarno mit grossem Interesse der Rede von (damals noch) FDP-Präsidentschaftskandidat Thierry Burkart: «Ihr seid nicht die Politiker von morgen – ihr seid die Politiker von heute! Euer Einfallsreichtum, eure Ideen und euer Engagement werden heute mehr denn je gebraucht!» Lobende Worte gab es auch von Sergio Ermotti, dem VR-Präsident der Swiss Re: «Mit der Lancierung der Renteninitiative haben Sie mehr Mut bewiesen als die grossen Parteien. Sie haben grosses Engagement und Ausdauer gezeigt. Gratulation!»

Nein zu den Initiativen – Ja zum Covid-Gesetz

Die Delegierten fassten eine klare Nein-Parole zur Justizinitiative. Die Einführung des Losverfahrens widerspricht der schweizerischen Tradition. Die Wahl der Bundesrichter wird mit der Annahme der Initiative dem Zufall überlassen. Die demokratische Legitimation der Justiz sowie die Akzeptanz

von Gerichtsurteilen in der Bevölkerung würden geschwächt. Ebenfalls Nein sagten die Delegierten zur Pflegeinitiative. Der Bedarf an medizinischer Versorgung steigt laufend, weshalb sie den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament unterstützen und die Initiative ablehnen: Um die Ausbildung weiter zu fördern, stellen Bund und Kantone mit dem Gegenvorschlag für die nächsten acht Jahre rund eine Milliarde Franken zur Verfügung. Der Gegenvorschlag tritt bei Ablehnung der Pflegeinitiative sofort in Kraft und die finanziellen Mittel können sofort eingesetzt werden. Zum Covid-19-Gesetz fassten die Delegierten mit einer Zweidrittelmehrheit die Ja-Parole.

Referendum gegen «Lex Netflix»

Das Filmgesetz, auch bekannt als «Lex Netflix», wurde leider in der Schlussabstimmung der Herbstsession angenommen. Das Filmgesetz verpflichtet Streaming-Anbieter wie Netflix oder Disney+ so-



Thierry Burkart, Präsident der FDP Schweiz, lobte die Jungfreisinnigen für ihren Einsatz.

wie private TV-Sender wie 3+, Sat1 oder Pro7, jährlich mindestens vier Prozent ihrer CH-Bruttoeinnahmen den Schweizer Filmschaffenden abzuliefern. Zudem werden sie verpflichtet, mindestens dreissig Prozent europäische Filme zu zeigen. Die Jungfreisinnigen Schweiz, die Junge SVP Schweiz sowie die Jungen Grünliberalen Schweiz ergriffen deshalb das Referendum. Zusammen wehren sie sich gegen diese Gesetzesrevision, die völlig an den Konsumentinnen und Konsumenten, insbesondere aber an den Bedürfnissen der Jungen, vorbeigeht. Möchten Sie das Referendum unterstützen?

Bei Interesse können Sie sich direkt bei Lukas Aecherli, Geschäftsführer des Referendumskomitees (filmsteuer@jungfreisinnige.ch), melden

Swen Gaberthüel

Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz

20 Jahre nach dem UNO-Beitritt will die Schweiz in den UNO-Sicherheitsrat. Foto: iStock/texpan



Von 2023 bis 2024 wird die Schweiz aller Voraussicht nach im UNO-Sicherheitsrat Einsitz nehmen. Dies ist mit ihrer Neutralität vereinbar. Sie sollte diese Chance nützen, sich der Weltöffentlichkeit einmal mehr als Friedenstifterin und herausragende Demokratie zu präsentieren.

Am 10. September 2022 wird die Schweiz das 20-Jahr-Jubiläum ihrer UNO-Mitgliedschaft feiern. Nicht zuletzt aufgrund dieses historischen Ereignisses wird sie sich in den Wahlen 2022 um einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat bewerben. Da bisher keine Gegenkandidaturen bekannt sind, darf davon ausgegangen werden, dass sie auch gewählt wird.

Mit der Neutralität vereinbar

Für die meisten Länder ist die Mitarbeit in diesem wichtigen Gremium eine Ehre, aber auch ein selbstverständlicher Teil ihrer UNO-Mitgliedschaft. Für die Schweizer Aussenpolitik stellt sie jedoch ein Novum dar. Als der Bundesrat die Schweizer Kandidatur 2011 lancierte, hat er sich daher auch der Frage gestellt, wie ein Sitz in diesem Gremium unter dem Blickwinkel der Neutralität zu beurteilen sei. In seinem Bericht ans Parlament kommt er klar zum Schluss, «dass die Neutralität mit einem Sitz im Sicherheitsrat vereinbar ist». Dies ist nicht überraschend, haben doch neutrale Staaten wie Österreich, Schweden, Finnland und Irland zusammen schon insgesamt 13-mal im Sicherheitsrat Einsitz genommen. Vielmehr ist es so, dass gerade

diese Staaten und ihr neutrales Urteil besonders prädestiniert sind, eine wichtige Rolle einzunehmen, ist es doch die Hauptaufgabe des Sicherheitsrates, für Frieden und Sicherheit in der Welt zu sorgen. Und sollte eine Situation eintreten, in der die Schweiz aus neutralitätspolitischen Überlegungen keine Stellung beziehen möchte, hat sie das Recht, sich der Stimme zu enthalten. Auch die Delegierten der FDP stellten sich 2010 unter dem Motto «Konstruktiver Schweizer Einsatz im UNO-Sicherheitsrat» einstimmig hinter die Kandidatur.

Gute Dienste im Sicherheitsrat

Der zweijährige Einsitz im Sicherheitsrat ist also keine Gefahr für die Schweizer Neutralitätspolitik, im Gegenteil, er ist eine Chance. Die Schweiz ist zu Recht stolz auf ihre Tradition der Guten Dienste. Genau diese Rolle als Vermittlerin und Friedensförderin sollte die Schweiz nun auch in diesem wichtigen Gremium übernehmen. Dass der Bundesrat die Guten Dienste in den Sicherheitsrat tragen will, hat er in seiner Kandidatur unter dem Motto «A Plus for Peace» festgehalten. Damit kann die Schweiz der Weltöffentlichkeit

zeigen, dass ihre Neutralität nicht nur für sie selbst, sondern für die ganze Weltgemeinschaft wertvoll ist.

Die internationale Lage hat sich in den letzten Jahren verdüstert, und vielerorts haben Staaten auf das Recht des Stärkeren gesetzt. Dies ist nicht im Interesse der Schweiz, die als erfolgreiches, aber kleines und stark vernetztes Land auf internationale Rechtssicherheit angewiesen ist. Umso wichtiger ist es, dass wir zur Stärkung internationaler Organisationen wie der UNO einen Beitrag leisten, auch wenn keine Wunder erwartet werden können.

Modell für eine transparentere Weltpolitik

Ein solcher Beitrag könnte einer weiteren guten Schweizer Tradition folgen: Als die liberalen Pioniere 1848 die Grundsteine der modernen Schweiz legten, setzten sie in einem Europa, wo Könige und Kaiser regierten, neue Massstäbe für die demokratische Mitbestimmung in der Politik. Warum sollte die Schweiz nicht wieder ein Modell werden? Diesmal dafür, dass sie aufzeigt, wie die Zivilgesellschaft in die Politik im UNO-Sicherheitsrat einbezogen werden kann und Weltpolitik nicht in Hinterzimmern gemacht wird. Dass dabei ein FDP-Aussenminister vorangeht, entspricht der liberalen DNA der Partei.

Florian Keller

Präsident Fachkommission Aussenpolitik, FDP Schweiz

Vorschau Wintersession 2021

Auch in der kalten Jahreszeit wird in Bundesbern hitzig debattiert. Foto: Katharina Wieland Müller/pixelio.de



Die Wintersession ist traditionsgemäss geprägt durch die aufwendige Beratung des Budgets in beiden Räten sowie von wichtigen Wahlgeschäften. In diesem Jahr ist auch Zweiteres für die FDP von grösserer Bedeutung, da voraussichtlich einerseits im Ständerat Thomas Hefti zum Ratspräsidenten und andererseits in der Vereinigten Bundesversammlung der neue Bundespräsident gewählt wird. Gemäss der Rotation ist das für das Jahr 2022 erfreulicherweise Bundesrat Ignazio Cassis vorgesehen.

Inhaltlich ist aber nicht nur das Budget von grosser Bedeutung, sondern es stehen auch viele weitere bedeutende Entscheidungen an in den Bereichen Vorsorge, Klimapolitik und Wirtschaftspolitik.

Vorsorge

Anders als ursprünglich gedacht, konnte die Beratung der AHV21 in der Herbstsession trotz gewisser Dringlichkeit nicht fertigberaten werden. Darum steht nun in der Wintersession die dringliche Differenzbereinigung an. Zentral wird dabei sein, dass sich die bürgerlichen Parteien in beiden Räten auf eine gemeinsame Lösung der Ausgleichsmassnahmen für die Angleichung des Rentenalters einigen, die vor allem Frauen mit den tiefsten Einkommen zugutekommt, die finanziellen Verbesserungen der Angleichung des Rentenalters aber auch nicht gleich wieder zunichtemacht. In der gleichen Session wird auch die wichtige Arbeit für eine Reform der zweiten Säule zum ersten Mal in Angriff genommen. Ebenfalls mit Verzögerung, da die Vorberatung mehr Zeit in Anspruch nahm als ursprünglich geplant. Wie bei der AHV21 wird im Nationalrat eine bürgerliche Zusammenarbeit entscheidend sein, um neben den eher unbestrittenen Inhalten wie der Senkung des Umwandlungssatzes eine vernünftige Lösung für die Übergangsgenerationen zu finden. Auch hierzu bietet die FDP Hand zugunsten von zielgerichteten Lösungen anstatt Giesskannen-Politik.

Klima

Nachdem in der Volksabstimmung das neue CO₂-Gesetz im Sommer 2021 abgelehnt wurde, konnte bereits im Herbst dank der FDP rasch eine Übergangsgesetzgebung im Nationalrat erarbeitet und verabschiedet werden. Nun geht es auch im Ständerat darum, die heutigen, unbestrittenen Massnahmen im bestehenden CO₂-Gesetz weiterzuführen. Das ist zwingend, um eine Gesetzeslücke zu verhindern und den Klimaschutz in der Schweiz fortzuführen. Dafür braucht es eine rasche Differenzbereinigung, da das Geschäft in der Wintersession fertigberaten werden muss.

Wirtschaft

Bereits die letzte Session war ein wirtschaftspolitischer Erfolg dank diversen wichtigen verabschiedeten Reformen wie der Abschaffung der Industriezölle. Nun liegt der Fokus auf der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Zinsen, die zum ersten Mal in den Ständerat kommt. Wie bereits im Nationalrat braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen den bürgerlichen Parteien, damit diese Reduktion der Abgabenlast zugunsten eines attraktiven Unternehmensstandortes tatsächlich verabschiedet werden kann.

Finanzen

Die Covid-Pandemie und ihre finanziellen Folgen sorgten für grosse Unsicherheit. Obwohl das ursprüngliche Budget 2022 erfreuliche Zahlen präsentierte, verhindern die diversen Nachmeldungen zur Bewältigung der Coronakrise leider eine schwarze Null. Trotz des erwarteten Finanzierungsdefizits von rund 1,9 Milliarden Franken wäre es aber falsch, die Grundlagen der heutigen Schweizer Finanzpolitik über Bord zu werfen, da sie uns im internationalen Vergleich eine beneidenswerte Ausgangslage verschafft haben. Die FDP fordert weiterhin die klare Einhaltung der Schuldenbremse. Sie hat sich bewährt und verschafft uns in Krisenzeiten einen grösseren Handlungsspielraum.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Abstimmung



Mit einem Ja am 28. November wählen wir einen verhältnismässigen und vernünftigen Weg aus der Pandemie – insbesondere dank dem Zertifikat. Die Ablehnung des Covid-Gesetzes würde die Rückkehr zur Normalität verlangsamen.

Ungern, aber konkret erinnere ich mich an den Frühling 2020: Im Gleichschritt mit den weltweit steigenden Covid-Fallzahlen mussten innert Kürze sehr einschränkende Schutzmassnahmen verfügt werden, schliesslich der Lockdown. Das gesellschaftliche Leben kam praktisch zum Stillstand, Unternehmen wurden massiv eingeschränkt. Mehrere «Wellen» später verfügen wir über wirksame Impfstoffe und ein international anerkanntes Zertifikat. Es ermöglicht uns, auf Schutzmassnahmen weitgehend zu verzichten. Erst recht gilt das für weitere verheerende Lockdowns.

Zertifikat als Schlüssel zu Freiräumen

Was in der Debatte über die Abstimmung vom 28. November oft vergessen geht: Nach wie vor befinden wir uns in einer anhaltenden Pandemie, grosse Teile der Erdbevölkerung sind noch nicht geimpft und das Virus mutiert weiter. Während in anderen Ländern wieder weitreichende Lockdowns das öf-

fentliche Leben zum Erliegen bringen, können wir «unmaskiert» Sport- und Kulturveranstaltungen und Restaurants besuchen, und wir können international reisen: All das ist möglich – dank dem Covid-Zertifikat! Das Zertifikat öffnet uns Freiräume, die es ohne nicht gäbe.

Verhältnismässiges Vorgehen erforderlich

Durch das Zertifikat ist ein verhältnismässiges und differenziertes Vorgehen zur Vermeidung von Todesfällen, schweren Krankheitsverläufen und einer Überlastung des Gesundheitswesens also erst möglich. Konkret heisst das: Weil Geimpfte, Genesene und Getestete aus epidemiologischer Sicht weitaus weniger ansteckend sind, werden sie mit Zertifikat von einschränkenden Schutzmassnahmen entlastet. Weiter aber gilt: Auch das Zertifikat – respektive die Pflicht zu dessen Verwendung in verschiedenen Lebensbereichen – ist eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, die nur

Beat Walti setzt sich für ein Ja zum Covid-Gesetz ein. Foto: Désirée Dittes

so lange gerechtfertigt ist, wie sie notwendig und verhältnismässig ist.

Unehrliche Missinterpretation der Referendumsführer

Bereits aufgrund des Epidemiengesetzes hat der Bundesrat die Kompetenz, im Falle einer Epidemie das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben zum Schutz der Bevölkerung einzuschränken. Dabei hat er den Verhältnismässigkeitsgrundsatz zu beachten. Artikel 1a des Covid-Gesetzes ändert daran nichts, im Gegenteil: Er konkretisiert und verdeutlicht diesen Grundsatz noch zusätzlich. Der Bundesrat darf ausdrücklich nicht nur nach epidemiologischen Kriterien agieren, sondern muss wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen bei seinen Entscheiden genauso berücksichtigen. Die Revision des Covid-Gesetzes stellt dem Bundesrat also definitiv keinen «Blankocheck» aus, wie von den Referendumsführern irreführenderweise behauptet wird.

Wegfallende Unterstützungen für Betroffene

Gerade mit dieser Revision des Covid-Gesetzes, über die wir nun abstimmen, stehen zudem auch wichtige wirtschaftliche Unterstützungsmassnahmen auf dem Spiel. Das sind etwa Ansprüche aus der Erwerbsausfallentschädigung (EO) und die Unterstützung von Selbstständigerwerbenden oder auch die wirtschaftliche Unterstützung von besonders betroffenen Kulturschaffenden, Veranstaltern oder die viel diskutierten Härtefallhilfen für Unternehmen. Wer diese Revision des Covid-Gesetzes ablehnt, muss sich auf jeden Fall auch bei anderer Gelegenheit nicht mehr als «Retter» dieser hart getroffenen Betriebe aufspielen.

Aus all diesen Gründen stimme ich am 28. November Ja zum Covid-Gesetz. Zertifikat und weiteres Instrumentarium helfen, auf einem sicheren Weg aus der Pandemie so schnell wie möglich Freiräume zurückzugewinnen.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH



Abstimmung



Die Pflegeinitiative geht zu weit, schafft einen unschönen Präzedenzfall und führt zu höheren Gesundheitskosten. Sie ist deshalb abzulehnen. Das Parlament hat jedoch den Handlungsbedarf erkannt und ist mit einem eigenen Gegenvorschlag tätig geworden. Wenn die Initiative abgelehnt wird, tritt dieser sofort und automatisch in Kraft. Er ist der bessere und schnellere Weg zur Stärkung der Pflege.

Die Bevölkerung wird älter, der Pflegebedarf steigt, gleichzeitig gehen in den nächsten Jahren die Babyboomer in Pension und es werden vermehrt Fachkräfte fehlen. Dies alles wird den bereits bestehenden Mangel an Pflegepersonal noch verstärken. Handlungsbedarf ist unbestritten. Die gewerkschaftliche Pflegeinitiative ist jedoch der falsche Weg, um eine schnelle und nachhaltige Verbesserung in der Pflege zu erzielen.

Keine Sonderstellung für eine Berufsgruppe

Die Pflegeinitiative will insbesondere Arbeitsbedingungen und Löhne für den Pflegeberuf in der Verfassung festhalten. Dies ist sowohl formell als auch inhaltlich falsch: Denn weder ist die Verfassung dafür der richtige Ort, noch ist es Aufgabe des Bundes, die Löhne einzelner Branchen zu regeln. Vielmehr sind es die Sozialpartner, die in unserem bewährten System miteinander Arbeitsbedingungen und Löhne aushandeln. Eine Übersteuerung mit zentralistischer Regelung durch den Bund wäre ein gefährlicher Präzedenzfall. Ähnlich lautende Forderungen von anderen Berufsgruppen würden

nicht lange auf sich warten lassen.

Ebenfalls nicht opportun ist es, dass auf Bundesebene definiert wird, was eine «genügende Anzahl Pflegefachpersonen» ist, wie dies die Initiative verlangt. Wer kann wissen, wie sich diese Zahl über die Zeit verändert und in welchen Bereichen welcher Bedarf besteht? Im Gesundheitswesen ist im Moment vieles in Bewegung - richtigerweise. Stichwort ist «ambulant vor stationär», die Umsetzung von Behandlungskonzepten, die einen Spitalaufenthalt nicht mehr nötig machen. Es wird somit pflegerische Unterstützung vermehrt nicht mehr in den Spitälern, sondern allenfalls in der Spitex brauchen. Da macht es keinen Sinn, wenn man auf Bundesebene sogenannte «Nurse-to-Patient-Ratios» für Bereiche definiert, wo sie nicht mehr zur Anwendung kommen.

Noch höhere Krankenkassenprämien?

Initiative und indirekter Gegenvorschlag sehen vor, dass Pflegefachpersonen künftig Leistungen selbständig, das heisst ohne ärztliche Anordnung, erDer indirekte Gegenvorschlag bringt den Pflegefachpersonen unmittelbare Verbesserungen. Foto: iStock/Kiwis

bringen und direkt mit der Krankenversicherung abrechnen können. Diese Kompetenzerweiterung ist sinnvoll, weil sie den Beruf aufwertet und damit attraktiver macht. Allerdings bedeuten mehr Leistungen auch höhere Kosten und damit höhere Krankenkassenprämien. Hier sieht der indirekte Gegenvorschlag einen Kontrollmechanismus vor, der ein übermässiges Kostenwachstum verhindert – die Initiative hingegen nicht. Auch um ein unkontrolliertes Kostenwachstum zu verhindern, ist deshalb die Pflegeinitiative abzulehnen.

Indirekter Gegenvorschlag als bessere Lösung

Wer die Pflegeinitiative ablehnt, sagt aber nicht Nein zum berechtigten Anliegen. Ganz im Gegenteil: Er sagt Ja zum Gegenvorschlag, den das Parlament beschlossen hat und der den Initianten sehr weit entgegenkommt. Er ist vor allem aber unmittelbar anwendbar und bringt genau dort eine Lösung, wo diese dringend ist, nämlich bei der Ausbildung von diplomierten Pflegefachpersonen. Konkret wurden Mittel in der Höhe von einer Milliarde Franken für die nächsten acht Jahre beschlossen, um Ausbildungsplätze zu schaffen und Unterstützung für Studentinnen und Studenten zu leisten. Das sind Anreize, die effektiv etwas bewirken können. Richtigerweise bleibt aber die Verantwortung für die Umsetzung dieser Ausbildungsoffensive bei den Kantonen; sie sind zuständig für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

Der indirekte Gegenvorschlag – indirekt, weil er eine Lösung in einem Gesetz vorsieht und nicht in der Verfassung wie die Initiative das verlangt – tritt bei Ablehnung der Initiative sofort in Kraft. Bei einer Annahme der Initiative müsste hingegen vom Parlament ein Umsetzungsgesetz erarbeitet werden. Das dauert mehrere Jahre. Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen ein Nein zur Pflegeinitiative. Dies macht den Weg frei für den besseren, schnelleren indirekten Gegenvorschlag.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH



Abstimmung

Bundesrätin Karin Keller-Sutter referierte in Biel zur Justiz-Initiative. Foto: Désirée Dittes



Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Nein zur Justizinitiative ein. Für sie ist klar, dass die richterliche Unabhängigkeit in der Schweiz gewährleistet ist.

Am 28. November stimmen wir über die Justizinitiative ab. Ist die Unabhängigkeit der Schweizer Justiz mit dem aktuellen System gefährdet? Im Gegenteil, das jetzige System funktioniert gut. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist von der Bundesverfassung geschützt. Es gibt keine Hinweise, dass die Richterinnen und Richter nicht unabhängig urteilen würden. Dafür spricht auch das grosse Vertrauen, das die Bevölkerung den Gerichten entgegenbringt. In der jährlich publizierten Studie der ETH Zürich und des Center for Security Studies sowie beim Sorgenbarometer liegen die Gerichte jeweils auf den vordersten Rängen. Das Vertrauen wäre nicht so gross, wenn die Richterinnen und Richter als blosse Parteisoldaten wahrgenommen würden.

Sind Bundesrichterinnen und Bundesrichter in der Schweiz zu stark von den Parteien abhängig? Bundesrichter und Bundesrichterinnen sind nur dem Recht verpflichtet. Das Vertrauen der Bevölkerung und die hohe Akzeptanz der Urteile belegen, dass das nicht nur Theorie ist. Auch das Parlament hat eine hohe Sensibilität für Druckversuche durch die Parteien: Als die SVP ihren Bundesrichter Yves Donzallaz letztes Jahr zur Abwahl empfahl, erzielte er bei seiner Wiederwahl das bessere Resultat als bei seiner ersten Wahl. Dass Richterinnen und Richter Mitglied einer Partei sein müssen, ist im Übrigen nicht gesetzlich vorgeschrieben. Es ist

eine Tradition, die daher rührt, dass man möglichst alle Werthaltungen, Weltanschauungen und politischen Strömungen in der Bevölkerung auch an den Gerichten abbilden will. Die Gerichtskommission hat signalisiert, dass sie auch Kandidaturen von Parteilosen prüfen will.

Was würde eine Annahme der Justizinitiative für die Schweiz bedeuten? Bundesrichterinnen und Bundesrichter würden künftig nicht mehr in einem transparenten und demokratischen Verfahren durch die Bundesversammlung gewählt, sondern durch das Los bestimmt. Ihre Wahl würde damit dem Zufall überlassen. Vorab würden die Kandidierenden von einer Expertenkommission auf ihre fachliche und persönliche Eignung hin überprüft. Diese Expertenkommission wiederum würde durch den Bundesrat bestimmt. Das bedeutet eine Machtverschiebung weg vom Parlament hin zum Bundesrat und einem Expertengremium.

Wieso ist aus Ihrer Sicht die Bundesversammlung das richtige Wahlgremium? Die Wahl durch die Bundesversammlung führt zu einem demokratisch legitimierten Resultat und zu einer transparenten und repräsentativen Zusammensetzung des höchsten Gerichts. Mit dem aktuellen Wahlsystem ist es auch möglich, Kriterien wie Geschlecht, Sprache und regionale Herkunft zu berücksichtigen. Die

justizinitiative schreibt lediglich die ausgewogene Vertretung der Amtssprachen vor. Zudem besteht mit dem Losverfahren das Risiko, dass gewisse Parteien, Werthaltungen, Landesteile oder ein Geschlecht am Bundesgericht über längere Zeit stark über- oder untervertreten sind.

Unabhängig von der Justizinitiative: Gibt es Bestrebungen, die Unabhängigkeit der Bundesrichterinnen und Bundesrichter noch stärker sicherzustellen? Der Bundesrat hat immer gesagt, dass man über gewisse Reformen diskutieren kann. Man darf aber nicht vergessen, dass alle Ansätze in den letzten Jahren politisch chancenlos waren. Aber die Diskussion im Parlament ist im Gang, zum Beispiel über die Zulassung von Parteilosen oder über die Abschaffung der Abgabe an die Parteien, die Nationalrat Beat Walti angeregt hat.

Die Initianten propagieren das Losverfahren. Wenn es nicht um Justizposten geht: Mögen Sie Lottoziehungen oder Tombolas? Ich spiele nicht. Bei Tombolas mache ich jeweils dann mit, wenn es um einen karitativen Zweck geht.

Interview: Mario Epp

Daran krankt die Justizinitiative

Das Hauptanliegen der Initiative ist zugleich ihre grösste Schwäche: Statt einer demokratischen Wahl durch die Bundesversammlung würde eine obskure Fachkommission über die Zulassung der Kandidaten zu einem Losverfahren entscheiden. Es würde also in einer Lotterie über die Besetzung des obersten Gerichts im Lande entschieden. Die Wahl der Bundesrichter durch die Bundesversammlung – also indirekt durch die Bevölkerung – verleiht ihnen eine starke demokratische Legitimation. Tatsächlichen Korrekturbedarf kann man höchstens bei den Mandatsabgaben ausmachen. Diese können den Anschein der Abhängigkeit der Richter von den Parteien erwecken. Hier setzt eine parlamentarische Initiative von Nationalrat Beat Walti an, die in der Wintersession behandelt wird.





Innovative Unternehmen

Matteo Paolocci führt Suisse Frame seit drei Jahren. Foto: Maxime Jobin





Die Flügel sind bereit für die Lackierung.

CEO Matteo Paolocci stellt mit zehn Mitarbeitern in Piotta Schiebetüren aus Holz und Holz-Metall her. Das Unternehmen setzt auf einen hohen Automatisierungsgrad, hohe Kundenorientierung und die «Kraft der Leventina».

In der Leventina wird einem nichts geschenkt. Das Tal mit seinen steilen, bewaldeten Bergen ist in erster Linie Transitachse für den Eisenbahn- und Autoverkehr, der von Norden nach Süden und umgekehrt rollt. Im Winter, wenn es in der Leventina bitterkalt wird, ist es einzig der HC Ambrì-Piotta, der mit Siegen die Herzen der Bevölkerung erwärmt. In dieser herausfordernden Umgebung führt Matteo Paolocci seit drei Jahren Suisse Frame als CEO. Das Unternehmen produziert in Piotta Schiebetüren aus Holz und Holz-Aluminium. In der 3500 m² grossen Produktionshalle riecht es nach frisch geschnittenem Holz und die CNC-Maschine verrichtet geräuschvoll ihre Arbeit.

Holzpreis als Herausforderung

Paolocci führt das Unternehmen mit gerade einmal zehn Mitarbeitenden, was den hohen Automatisierungsgrad von Suisse Frame verdeutlicht. «Dank unserer einfachen Prozesse ist der Weg vom Auftragseingang bis zum fertigen Produkt kurz», sagt der 33-jährige CEO. Suisse Frame wurde vor fünf Jahren von einer Investorengruppe gegründet. Im ersten Jahr wurden 170 Schiebeele-

mente hergestellt, dieses Jahr dürften es knapp 1000 werden. Obwohl die Auftragslage im Jahr 2021 bisher sehr gut war, hatte Suisse Frame mit Herausforderungen zu kämpfen, namentlich dem stark gestiegenen Holzpreis. «Im Frühling kostete ein Lkw mit Holz noch 50000 Franken, mittlerweile sind es 80000 Franken», erzählt Paolocci. Dazu kämen weitere Preissteigerungen von Lieferanten. Ihm bleibe nichts anderes übrig, als diese Zusatzkosten seinen Kunden weiterzugeben. Diese sind in erster Linie Schreinereien, Baufirmen und Generalunternehmer aus der ganzen Schweiz. Rund 90% des Umsatzes erwirtschaftet Paolocci im Inland, mittelfristig möchte er den Exportanteil aber erhöhen. Insbesondere für Spezialanfertigungen sieht er grosses Potenzial für Suisse Frame.

Vom Polymechaniker zum Firmenchef

Paolocci absolvierte ursprünglich eine Ausbildung als Polymechaniker und arbeitete in verschiedenen Industriebetrieben, daneben bildete er sich stetig weiter. Dass er zu Suisse Frame stiess und mittlerweile als CEO amtet, bezeichnet Paolocci als Verkettung glücklicher Zufälle. Mittlerweile ist die Arbeit bei Suisse Frame für ihn mehr als nur ein Job: «Ich freue mich jeden Tag auf die Arbeit. Alle Beteiligten haben eine Vision, die wir gemeinsam verwirklichen wollen.» Die Konkurrenten von Suisse Frame sind hauptsächlich grosse Fensterbauer, das Tessiner Unternehmen hebt sich von ihnen ab, indem es als schweizweit Einziges sich nur auf Schiebetüren fokussiert. Die grosse Stärke von Suisse Frame, den hohen Automatisierungsgrad, möchte Paolocci noch weiter ausbauen, eine Option sei eine automatische Lackiermaschine.

Schon weiter fortgeschritten sind die Pläne zur Datenerfassung. Paolocci und sein Team implementieren derzeit eine Software, die es den Kunden ermöglicht, die Masse ihres gewünschten Schiebeelementes selbst einzutragen und gleich eine Offerte oder sogar eine Auftragsbestätigung zu erhalten. «Damit vereinfachen wir die Administration und die Kunden erhalten eine direkte Rückmeldung», erklärt Paolocci. Dank stetiger Weiterentwicklung behauptet sich das junge Unternehmen mit dem jungen Chef auf dem Markt und will seinen Wachstumskurs fortsetzen. Übrigens sieht Paolocci Piotta keineswegs als Standortnachteil: «Hier haben wir eine günstige Lage für den Transport in die ganze Schweiz und die frische Bergluft fördert die Konzentration.»

Marco Wölfli

Für Paare, die nicht heiraten wollen, soll es eine «Ehe light» geben.



Am 26. September 2021 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Abstimmungsvorlage «Ehe für alle» angenommen. Ein längst überfälliger Schritt, für den auch die FDP eingestanden ist. Das eigentliche Ziel, nämlich die Erreichung der Gleichstellung zwischen allen Geschlechtern und die Beseitigung aller Diskriminierung bei der Gestaltung der Lebensgemeinschaft, ist damit aber noch lange nicht erreicht. Aus liberaler Sicht sind flexiblere und freiheitlichere Modelle neben der traditionellen Ehe nötig.

In der Schweiz gibt es neben der Ehe (und bis zur Inkraftsetzung der «Ehe für alle» noch die eingetragene Partnerschaft) kein weiteres Modell einer Lebensgemeinschaft für Paare, das rechtlich institutionalisiert ist. Leben zwei Personen in einem Konkubinat, ist die Beziehung rechtlich kaum abgesichert: Das Regeln der Erbeinsetzung, Altersvorsorge, Pensionskasse, Elternschaft und vieles mehr muss einen zeit- und kostenaufwendigen bürokratischen Prozess durchlaufen. So hat etwa eine langjährige Lebenspartnerin ohne Patientenverfügung nicht das Recht, ihren verunfallten Lebenspartner auf der Intensivstation zu besuchen. Auch

fallen im Konkubinat in den meisten Kantonen erhebliche Schenkungs- und Erbschaftssteuern an. Viele Paare wünschen sich zwar Sicherheit und damit eine Lebensgemeinschaft in einem gewissen formalisierten Rahmen. Gleichzeitig möchten sie sich aber oft nicht dem zivilrechtlichen Institut der Ehe mit all ihren Rechtsfolgen unterwerfen. Ständerat Andrea Caroni hat die Thematik bereits 2015 durch ein Postulat auf die politische Agenda gesetzt (Postulat Nr. 15.3431).

Gerade aus liberaler Sicht ist es zentral, allen Menschen den grösstmöglichen Entfaltungsspiel-



Laura Bircher setzt sich für freiheitliche Lebensmodelle ein

raum in die Hände zu geben. Das muss auch für die Gestaltung des persönlichen Modells der Lebensgemeinschaft gelten. Die Ehe ist vielen Menschen zu verbindlich, zu einengend oder wird aus finanziellen Gründen abgelehnt, weshalb eine Alternative zur Ehe nötig ist.

Vorbild in Frankreich

Ein Beispiel eines alternativen Modells einer Lebensgemeinschaft finden wir in Frankreich mit dem bereits im Jahr 1999 eingeführten Solidaritätspakt «Pacs». Was ursprünglich als Alternative zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt wurde, erfreut sich mittlerweile mehrheitlich bei heterosexuellen Paaren an Beliebtheit. Das Verfahren ist einfach und schlank. Eine schriftliche Erklärung bei einem Amtsgericht oder Rathaus reicht für den Abschluss und die Auflösung des Solidaritätspaktes aus. Es gibt keine gesetzlich vorgeschriebene mehrjährige Trennungsphase, keine teure Scheidungsverhandlung und kein nachehelicher Unterhalt. Dafür ein Versprechen der gegenseitigen Solidarität, ein schnelles und unkompliziertes Verfahren und gleichwohl Vorteile bei Erbund Steuerangelegenheiten wie bei der Ehe. Auch betreffend Besuchs- und Informationsrechte im Krankenhaus sind «Verpacste» den Ehegatten gleichgestellt. Der «Pacs» lässt aber auch Raum für individuelle Gestaltungen, wie beispielsweise bei der Frage des Güterstandes.

Passendes Modell für jedes Paar

Ein solches Modell würde einen zeitgemässen Mittelweg darstellen. Die in den letzten Jahrzehnten durch den gesellschaftlichen Wandel gewachsene Kluft zwischen den Lebensformen und dem Familienrecht wurde mit der «Ehe für alle» etwas entschärft – bleibt aber bestehen. Es ist ein freiheitlicher Gedanke, dass sich Paare ihr Modell der Lebensgemeinschaft frei aussuchen können. Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut.

Laura Bircher

Mentee im Mentoring-Programm, Mitglied des Grossen Gemeinderats Muri b. Bern, Vizepräsidentin FDP Mittelland Nord

Nr. 4 | 12. November 2021 21

Ein Wahlsieg im 2023 fällt uns nicht in den Schoss!

Entfachen wir das liberale Feuer.



Scann mich!

#teamFDP

FDP
Die Liberalen

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



Revision des Covid-19-Gesetzes



Justizinitiative



NEIN

Pflegeinitiative

AGENDA

12. Februar 2022

Delegiertenversammlung

25. Juni 2022

Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022

Delegiertenversammlung

Fraktionsausflug

Fraktionsausflug in den Aargau



Die Nationalräte Beat Walti, Daniela Schneeberger und Petra Gössi im PSI. Foto: Désirée Dittes

Der diesjährige Fraktionsausflug führte die freisinnigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie zahlreiche Gäste in den Heimatkanton des neuen Parteipräsidenten Thierry Burkart. Die rund 130 Personen besuchten zuerst das Paul- Scherrer-Institut in Villigen, wo sie sich über die dortige Spitzenforschung informierten. Danach begab sich die Gruppe auf Schloss Lenzburg, wo in historischer Ambiance Apéro und Nachtessen stattfanden.

FDP-Sternwanderung

«L'Elisir del Vitta» erobert Thun

Die FDP-Sternwanderung Ende August in Thun bot den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch die Gelegenheit, einen Schluck Tessin zu degustieren. Eine Delegation der FDP Tessin offerierte den anwesenden Freisinnigen einen Grappa namens «L'Elisir del Vitta». Dieser Grappa ist dem Tessiner FDP-Staatsrat Christian Vitta gewidmet, dessen grosse Anstrengungen an der «Front» der Covid-19-Pandemie sehr geschätzt werden. Wer den Grappa aus Tessiner Merlot-Trauben auch versuchen möchte, kann seine Flasche unter info@plrt.ch oder mit dem QR-Code bestellen. Eine Flasche kostet 30 Franken, exkl. Versandkosten.



Von links: Andrea Nava, Sekretär FDP Tessin, Fanny Noghero, Generalsekretärin FDP Schweiz, Petra Gössi, Nationalrätin, Zaira Lazzari, Vorstand FDP Frauen Tessin, Laura Codiroli, Mitarbeiterin FDP Tessin, und Massimo Schira, Kommunikationschef FDP Tessin

> Hier können Sie Ihren Grappa bestellen.

> > A benefico



Jetzt Masken bestellen



Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.— plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.

Nr. 4 | 12. November 2021 23

BRUED AM 28. NOVEMBER JA

Jetzt mit TWINT spenden!



QR-Code mit der TWINT App scannen



Betrag und Spende bestätigen



FDP
Die Liberalen